

NATIONALER AKTIONSPLAN ZUR UMSETZUNG VON RESOLUTION 1325 (2000) DES SICHERHEITSRATES DER VEREINTEN NATIONEN

Fünfter Umsetzungsbericht

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) verabschiedeten Resolution 1325 (2000) und hat am 8. August 2007 den ersten nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 wurde eine Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution beschlossen, deren Ergebnis der am 24. Jänner 2012 beschlossene überarbeitete Nationale Aktionsplan ist.

Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der VertreterInnen aller beteiligten Ressorts sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören. Diese Arbeitsgruppe erstellt jährlich einen Umsetzungsbericht.

Der vorliegende fünfte Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. November 2012 bis 31. Oktober 2013. Er schließt an den vierten Umsetzungsbericht an, der am 12. März 2013 vom Ministerrat angenommen wurde und bietet einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten Nationalen Aktionsplans bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen.

1. Aktivitäten in Österreich

1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung

BMeiA:

- Das BMeiA koordinierte die aus VertreterInnen des BMeiA, des Bundeskanzleramts (BKA), des Bundesministeriums für Inneres (BM.I), des Bundesministeriums für Justiz (BMJ), des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) und der ADA bestehende Arbeitsgruppe zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des NAP 1325 unter Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft.
- Der am 12. März 2013 vom Ministerrat angenommene vierte Umsetzungsbericht zum NAP wurde an das Parlament weitergeleitet und auf der Webseite des BMeiA und des BKA (Sektion II) veröffentlicht.
- Der vierte Umsetzungsbericht wurde auch an die österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden sowie alle relevanten Abteilungen des BMeiA mit dem Ersuchen weitergeleitet, die Umsetzung des NAP weiter voran zu treiben.
- Das BMeiA veröffentlichte im Berichtszeitraum 4 Presseaussendungen mit Bezug zu Resolution 1325 (siehe Anhang).
- Konkrete Anliegen der Zivilgesellschaft wurden im Berichtszeitraum in erster Linie im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des 4. Umsetzungsberichts geäußert, in dessen Erstellung die Zivilgesellschaft eingebunden war. Das BMeiA stand dabei in direktem Kontakt mit den VertreterInnen der Zivilgesellschaft und war darum bemüht, den Anliegen so weit als möglich Rechnung zu tragen.

1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen

BMeiA:

- Eine vom BMeiA entsandte Expertin war von September 2010 bis 31. Dezember 2012 im Kosovo bei EULEX Kosovo (EU-Rechtsstaatlichkeitsmission) als Gender Advisor tätig. Danach wurde diese Position im Zuge der Restrukturierung der Mission in eine lokal zu besetzende Position umgewandelt. Die Entsendung eines Angehörigen des BMeiA zu EULEX-Kosovo als Chief of Staff wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt.
- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 70 Personen, davon 26 Frauen (37%), für EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Von diesen nominierten ÖsterreicherInnen hat die EU insgesamt 39 Personen tatsächlich auf eine der 12 durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt, davon 14 Frauen (35,8%). Der Anteil jener Österreicherinnen, die auf der Grundlage der österreichischen Vorschläge auch tatsächlich von der EU auf eine Mission

entsandt wurden, konnte damit im Vergleich zum 4. Umsetzungsbericht um 4,8 % erhöht werden.

- Österreich hat die Richterin Dr. Lilian Hofmeister für das VN-ExpertInnenkomitee zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) nominiert. Die Wahl findet im Juni 2014 in New York statt.
- Österreich tritt für einen höheren Frauenanteil bei OSZE-Leitungsfunktionen im OSZE-Sekretariat, den Institutionen der Organisation sowie in den Feldpräsenzen ein. Derzeit sind 10 von 21 von Österreich an OSZE-Feldpräsenzen sekundierte Personen weiblich (47,6%). Im Vergleich zum 4. Umsetzungsbericht konnte der Frauenanteil damit um 4,6% erhöht werden.
- Im Sekretariat der OSZE in Wien arbeiten derzeit 14 ÖsterreicherInnen, davon 7 Frauen (50%). Beim Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau sind jeweils zwei Frauen und Männer aus Österreich angestellt.
- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 15 Personen, davon 9 Frauen (60%), für OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Im Vergleich zum 4. Umsetzungsbericht konnte der Frauenanteil damit um 11% erhöht werden. Alle nominierten ÖsterreicherInnen hat ODIHR tatsächlich auf eine der 6 durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt.
- Die Entsendung einer Junior Professional Officer (JPO) zu UN WOMEN in New York wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt (Entsendung seit 1. Jänner 2012); zwei Einsatzjahre: EUR 230.000.

BM.I:

- Im Zeitraum Anfang November 2012 bis Ende Oktober 2013 waren insgesamt 32 PolizistInnen, davon 2 Frauen, in vier verschiedenen Krisenmanagement-Einsätzen eingesetzt (6,25%). Die Auswahl des eingesetzten Personals erfolgte zur Gänze durch die Europäische Union. Dies bedeutet in der Praxis, dass sich die PolizistInnen im Wege des BM.I bei der Europäischen Union um eine Position in der jeweiligen Mission bewerben. Auf die weitere Personalauswahl der Europäischen Union hat das BM.I keinerlei Einfluss.
- Mit Stichtag 1. November 2013 waren insgesamt 19 Personen, davon 2 Polizistinnen im internationalen Einsatz (10,53%). Im Vergleich zum 4. Umsetzungsbericht konnte der Frauenanteil damit um 4,7% erhöht werden. Ergänzt wird, dass die Bewerbung einer dritten Polizistin für EULEX Kosovo seitens dieser Mission nicht berücksichtigt wurde.
- Bei der EUPOL-Afghanistan-Mission war ein österreichischer Polizist im Beobachtungszeitraum als Berater für Genderangelegenheiten beim stellvertretenden afghanischen Innenminister eingesetzt. In den Verantwortungsbereich dieses stellvertretenden afghanischen Ministers fielen unter anderem das gesellschaftlich sensible Projekt zur Erhöhung der Frauenquote bei der afghanischen Polizei und die Verbesserung der rechtlichen Situation von Polizistinnen bei ressortinternen Übergriffen und Missständen.

- Bei der EUMM-Mission in Georgien wurde ein österreichischer Polizist im Beobachtungszeitraum mit der Funktion eines „Gender Focal Points“ auf Fieldoffice-Ebene betraut. Ergänzend zum EUMM-missionsinternen Aufgabenspektrum in Gender-Angelegenheiten war dieser Polizist mit genderspezifischen Problemstellungen im Bereich der georgischen Polizei und der georgischen Streitkräfte sowie auch in der georgischen Zivilbevölkerung befasst.

BMJ:

- Zum Stichtag 1. November 2013 waren eine österreichische Richterin im Ruhestand als Richterin des Sonderstrafgerichtshofes für Sierra Leone und eine weitere österreichische Richterin als internationale Richterin des Khmer-Rouge-Tribunals in Kambodscha tätig. Der Frauenanteil beträgt 100%.

BMLVS:

- Mit Stand 1. November 2013 befanden sich von gesamt 792 Personen 765 Männer und 27 Frauen im Auslandseinsatz. Die Frauenquote beträgt somit 3,4%¹. Im Vergleich zum 4. Umsetzungsbericht konnte der Frauenanteil damit um 1,4% erhöht werden.
- Im Beobachtungszeitraum wurden folgende Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Auslandseinsätzen durchgeführt. Diese Maßnahmen dienen vor allem zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie:
 - die generelle, bedarfsorientierte Genehmigung und Durchführung einer temporären Kinderbetreuung bundesweit und die Durchführung an 14 Standorten im Juli und August 2013. Rund 400 Kinder werden jährlich dadurch betreut.
 - die Ausweitung der Flexibilisierung der Dienstzeit in Form von Gleitzeit;
 - die Weiterführung des Projektes zur Schaffung eines kontinuierlichen Kinderbetreuungsangebotes im Österreichischen Bundesheer (ÖBH) als familienfreundliches Signal an die Bediensteten.
- Seit 2011 wird seitens des BMLVS eine Gender-Expertin als Beraterin des Kommandanten der Friedensmission KFOR entsendet. Für die Friedensmission im Kosovo wird durch diesen österreichischen Beitrag ein formaler Kontakt zu lokalen Frauenorganisationen im Kosovo ermöglicht. Des Weiteren wird durch die Etablierung dieser Funktion im Rahmen der Operation eine Berücksichtigung

¹ Eine Erhöhung des Frauenanteils, v.a. auch in Führungspositionen, ist zunächst unter Berücksichtigung der Personalstruktur des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) zu beurteilen. Mit Stand 1. November 2013 leisteten 15.204 Männer und 377 Frauen freiwillig Dienst beim ÖBH. Grundwehrdienst wird derzeit von 12.111 Männern (Stand: 1. November 2013) abgeleistet; diese können ebenfalls nach Abgabe einer Freiwilligenmeldung einen Auslandseinsatzpräsenzdienst leisten. Bei Auslandseinsätzen besteht Freiwilligkeitserfordernis. Die Personalauswahl kann daher nur auf Grund von freiwilligen Meldungen (und Beurteilung der geforderten Entsende- und Ausbildungsvoraussetzungen) erfolgen.

von geschlechterspezifischen Anliegen - insbesondere jener von Frauen - in der Region gewährleistet.

1.3. Training/Code of Conduct

BM.eiA:

- Ein Seminar über Frauenrechte ist Bestandteil des verpflichtend zu absolvierenden Grundausbildungsprogramms für MitarbeiterInnen des höheren wie auch gehobenen auswärtigen Dienstes. Im Rahmen dieses Seminars werden schwerpunktmäßig die Zielsetzungen von Resolution 1325 und der Nachfolgeresolutionen behandelt. Im Berichtszeitraum fand keine derartige Ausbildungsveranstaltung statt, da nach einem Aufnahmestopp erst im Lauf des Jahres 2013 der Dienstantritt neuer MitarbeiterInnen erfolgen konnte. Die Ausbildungsveranstaltung zu Frauenrechten wurde für Jänner 2014 in den Ausbildungsplan aufgenommen.

BM.I:

- Die Resolution 1325 fließt im Rahmen mehrerer Ausbildungsmodule im Bereich der generellen Vorbereitungsausbildung für Auslandseinsätze ein. Im Bereich der missionsspezifischen Ausbildung (unmittelbare Vorbereitung von PolizistInnen für eine bestimmte Mission) wird wiederholt auf die Bedeutung von Resolution 1325 eingegangen. Nach einer theoretischen Einführung über „*gender, gender mainstreaming und equality*“ erfolgt im Rahmen dieser Ausbildungsmodule eine Hinführung zur speziellen Situation „*gender issues in conflict*“. Thematisiert werden sexuelle Gewalt als Kriegsstrategie sowie Aus- und Nachwirkungen sexueller Gewalt auf Frauen und Männer, die Problematik sozialer Reintegration und die besondere Rolle von Frauen in Post-Konfliktgebieten. Ergänzend dazu erfolgt die Vermittlung von Grundlagenwissen über relevante Konventionen, Resolutionen (1325, 1820), Verträge und den Nationalen Aktionsplan.
- Eine österreichische Polizistin die im Ausbildungsbereich für Auslandseinsätze eingesetzt ist, nahm im Beobachtungszeitraum an einer Ausbildungsveranstaltung mit dem Schwerpunkt „*A comprehensive approach to gender in operations*“ in Madrid teil.
- Im Berichtszeitraum wurden bei den internationalen Einsätzen, an denen sich das BM.I durch Entsendung von PolizistInnen beteiligt, keine Verhaltensstandards durch österreichische PolizistInnen verletzt.

BMLVS:

- Seit dem Jahr 2010 werden vom *Swedish Armed Forces International Training Centre (SWEDINT) Gender Field Advisor (GFA)* Kurse für internationale TeilnehmerInnen durchgeführt. Durch ein bilaterales Kooperationsprojekt wurde 2011 ebenso ein dementsprechendes Ausbildungsprogramm des *European*

Security and Defence College (ESDC) ins Leben gerufen². Die nachfolgende Entsendung von hierdurch qualifizierten Gender-ExpertInnen ermöglicht die Umsetzung einer geschlechterspezifischeren Herangehensweise in Friedensmissionen und -operationen. 11 Bedienstete des BMLVS, davon 6 Frauen (55%) wurden bereits zu Gender-ExpertInnen ausgebildet und stehen für die Entsendung in internationale Operationen zur Verfügung.

- Unter Einbezug internationaler Gender-ExpertInnen wurde ein spezielles „Gender“-Ausbildungsmodul zur Integration der Thematik im Rahmen der Ausbildungsvorbereitung für Auslandseinsätze bzw. bei generellen Ausbildungsmaßnahmen für Bedienstete des BMLVS entwickelt. Das erarbeitete Ausbildungsmodul wurde im Jahr 2012 ebenenadäquat in die unterschiedlichen Laufbahn und Grundausbildungsmaßnahmen (z.B. Einsatzvorbereitung, Ausbildung für SoldatInnen und zivile MitarbeiterInnen) implementiert. Bisher haben 10 Ausbildungsgänge mit 16 Teilnehmerinnen und 956 Teilnehmern stattgefunden.
- Im Jahr 2012 wurde vom BMLVS in Kooperation mit dem BMeiA und dem BMI ein interdisziplinäres Ausbildungsprogramm für Führungskräfte in Friedensoperationen zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten entwickelt. Der Pilotkurs wurde im Dezember 2012 im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) in Stadtschlaining erstmalig für 17 nationale und internationale TeilnehmerInnen, davon 6 Frauen (35%), abgehalten. Neben einem Modul, das der Vermittlung von allgemeinen Kenntnissen über Resolution 1325 und die Folgeresolutionen dient, ist ein weiterer Ausbildungsteil explizit der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten gewidmet.
- Beginnend mit 2013 wird seitens BMLVS ein weiteres thematisches Ausbildungsprogramm – ein UN Training of Trainers-Kurs zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten – im ÖSFK in Stadtschlaining abgehalten. Auch bei dieser Ausbildungsmaßnahme ist ein Ausbildungsteil explizit der Resolution 1325 bzw. der Rolle der Frauen in bewaffneten Konflikten gewidmet.
- Im ÖBH gibt es zudem die Möglichkeit, ein vertiefendes zweitägiges Seminarangebot „*Gender Mainstreaming*“, welches die Ziele und die Umsetzung der Resolution 1325 explizit zum Thema hat, zu absolvieren.
- Teile der aus der Resolution 1325 erschießbaren Ziele und Absichten werden weiters in bestehenden Lehrveranstaltungen der Unteroffiziers- und Offiziersausbildung thematisiert. Insbesondere in den Lehrveranstaltungen zum Thema Humanitäres Völkerrecht werden der Schutz und die Rechte von Frauen in internationalen bewaffneten Konflikten angesprochen.
- Darüber hinaus werden genderspezifische Aspekte, die in der nationalen Rechtsordnung verankert sind und einen ressortspezifischen Bezug aufweisen, im Rahmen der ressortbezogenen Rechtslehre angesprochen.

² ESDC Pilot Course: A Comprehensive Approach to Gender in Operations (Bilaterales Kooperationsprojekt initiiert durch Niederlande und Spanien).

- Auch im Rahmen von speziellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Generalstabsausbildung, Stabslehrgang, Einweisung des militärdiplomatischen Personals) werden Teile der Resolution 1325 gesondert und explizit thematisiert.
- In der Ausbildung im Rahmen einer Einsatzvorbereitung bzw. bei dem im nationalen Ausbildungsangebot befindlichen CTHB³-Kurs kommen zudem die relevanten Ausbildungsinhalte der nunmehr ebenenbezogenen UN CPTM⁴, wie „Code of Conduct“ (Verhaltensregeln), „Child protection“ (Schutz von Kindern), „Prevention of Sexual Exploitation and Abuse“ (Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch) und „Gender Equality in Peacekeeping“ (Gleichheit/Gleichberechtigung der Geschlechter in friedenserhaltenden Operationen) ebenso zur Anwendung. Der CTHB-Kurs, der die Vermittlung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel zum Inhalt hat, wird auch für internationale KursteilnehmerInnen angeboten.

ADA:

- ADA MitarbeiterInnen der Zentrale und der Koordinationsbüros wurden über den überarbeiteten NAP zur Umsetzung von Resolution 1325 sowie über die folgenden Resolutionen informiert. Wenn relevant, wurden bei den Länder- und Regionalprogrammierungen sowie in den Programmen und Projekten die Resolutionen 1325 und folgende berücksichtigt.
- Der ADA Weiterbildungsplan zu *Gender Equality und Women Empowerment* sieht Bewusstseins-Bildungsmaßnahmen über die Resolutionen und Möglichkeiten zu deren Umsetzung im Rahmen der ADA Arbeitsbereiche vor.
- An der Aktualisierung der Informationsbroschüre FOKUS zu Frauen, Gender und bewaffnete Konflikte wurde im Hinblick auf die Resolutionen 1820, 1888, 1889, 1960 und 2106 sowie auf die Projekte und Tätigkeiten der ADA im Herbst 2013 gearbeitet.

³ Combatting Trafficking in Human Beings.

⁴ Core Pre-Deployment Training Materials.

2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten

2.1 Vereinte Nationen

BMeiA:

- Am 13./14. Dezember 2012 organisierte das BMeiA im Büro der Vereinten Nationen in Wien den *Vienna Policy Dialogue* zum Thema „*Advancing gender equality and the empowerment of women: role of development cooperation*“, wofür auch ein Finanzierungsbeitrag in Höhe von 42.064,34 Euro geleistet wurde.
- Ab dem 1. Jänner 2013 war Österreich für ein Jahr Mitglied im Verwaltungsrat von UN Women und setzte sich im Rahmen der Sitzungen des Verwaltungsrates (Jänner, Juni und September 2013) u.a. für eine starke Berücksichtigung der Thematik „Frauen, Frieden und Sicherheit“, die Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 und das Empowerment von Frauen in politischen Übergangsprozessen im Rahmen der Tätigkeit von UN Women ein.
- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen im Rahmen der 57. Sitzung der Frauenstatuskommission, die von 4.-15. März 2013 in New York tagte. Als Teil des EU Verhandlungsteams (neben Deutschland, Frankreich, Irland und Niederlande) konnte Österreich zur erfolgreichen Annahme von starken und umfangreichen *Agreed Conclusions* zum Hauptthema („Beseitigung und Verhütung jeder Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“) beitragen, die mehrfach auch auf Resolution 1325 und die Nachfolgeresolutionen bzw. die Situation von Frauen in bewaffneten Konflikten und post-Konfliktsituationen Bezug nehmen. Österreich brachte sich auch mit einer nationalen Erklärung in die Generaldebatte ein und organisierte ein erfolgreiches Side Event zur Rolle des Justizsektors bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen unter Beteiligung der österreichischen CEDAW Kandidatin, Dr. Lilian Hofmeister. Österreich beteiligte sich weiters an einem von UNESCO organisierten Side Event zum Schutz von Journalistinnen.
- Im Rahmen der (letztlich jedoch gescheiterten) Verhandlungen im VN-Sonderkomitee für Friedenserhaltende Operationen (C-34) im Jahr 2013 setzte sich Österreich für einen Verweis auf die zu geringe Quote von Frauen in VN Führungspositionen und speziell in Friedensoperationen ein.
- Im Rahmen der 23. regulären Tagung des VN-Menschenrechtsrates im Juni 2013 brachte Österreich neuerlich eine Resolutionsinitiative zu Menschenrechten von Binnenvertriebenen (IDPs) ein, die im Konsens angenommen wurde. Die Resolution setzt einen speziellen Schwerpunkt auf die Menschenrechtssituation binnenvertriebener Frauen und Mädchen, insb. auch in Bezug auf sexuelle und geschlechtsbasierte Gewalt.
- Österreich unterstützte im Rahmen dieser Tagung weiters folgende einschlägige Resolutionen als Miteinbringer: Resolution zur Working Group Diskriminierung

gegen Frauen, Resolution zu Meinungsfreiheit und Ermächtigung von Frauen, Resolution zu Gewalt gegen Frauen.

- Österreich veranstaltete im Rahmen der 23. regulären Tagung des VN-Menschenrechtsrates weiters ein Side Event zum Thema „*Women’s rights are human rights, Achievements, Challenges and Perspectives 20 Years after the World Conference*“.
- Im Zuge der Verhandlungen zu diversen Länderresolutionen im VN-Menschenrechtsrat, insbesondere jenen zu Syrien, unterstützte Österreich fortlaufend die Aufnahme von Verweisen zur Umsetzung von Resolution 1325 (Schutz von Frauen vor Gewalt, Förderung der politischen Partizipation).
- Anlässlich des 20. Jubiläums der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte veranstaltete das BMeiA in Kooperation mit dem Büro der VN Hochkommissarin für Menschenrechte sowie dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte und dem Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Demokratie und Menschenrechte am 27./28. Juni 2013 eine Internationale ExpertInnenkonferenz zum Thema „*Vienna+20: Advancing the Protection of Human Rights*“ in der Wiener Hofburg. 130 hochrangige Menschenrechts-ExpertInnen aus allen Weltregionen, insb. MR-VerteidigerInnen, VertreterInnen der Zivilgesellschaft, VertreterInnen regionaler und nationaler MR-Institutionen, VN-ExpertInnen und WissenschaftlerInnen, berieten über Strategien zur weiteren Stärkung des int. Menschenrechts-Schutzes. Eines der drei zentralen Themen der Konferenz war das Thema „Frauen im öffentlichen und politischen Leben“. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe zu diesem Thema umfassen einen eigenen Abschnitt zur Stärkung der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen und zum Schutz der Rechte von Frauen in Konflikten und post-Konfliktsituationen und gehen auch explizit auf die Umsetzung von Resolution 1325 ein. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppen fanden Eingang in den Konferenzbericht, der von Österreich im Herbst 2013 im VN-Menschenrechtsrat und in der VN-Generalversammlung als offizielles VN-Dokument eingebracht wurde. Die Empfehlungen wurden weiters im Wege der österreichischen Vertretungsbehörden an NGOs und Frauenorganisationen weltweit verteilt. Darüber hinaus wird Österreich die Empfehlungen der Konferenz in geeigneten Foren (auch EU) sowie in Kooperation mit Partnern aus der Zivilgesellschaft weiter verfolgen.
- Österreich beteiligte sich an der Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 18. Oktober 2013, die dem Thema „*Women, Rule of Law and Transitional Justice in Conflict Affected-Situations*“ gewidmet war, und nutzte dies u.a. auch für eine Darstellung der Bemühungen Österreichs, die Umsetzung von Resolution 1325 national und international voran zu treiben. Österreich forderte darin auch die Erhöhung der Anzahl von Frauen in Polizei- und Militärkontingenten von Friedensoperationen. Die anlässlich der Debatte vom VN-SR einstimmig angenommene Resolution 2122 (2013) wurde – ebenso wie auch die am 24. Juni 2013 vom VN-SR angenommene Resolution 2106 (2013) - von Österreich miteingebracht.
- Am Rande des hochrangigen Segments zur Eröffnung der 68. VN-Generalversammlung wurde im September auf britische Initiative eine Erklärung zur Beendigung von sexueller Gewalt in Konflikten angenommen, welche von 137 Staaten, darunter Österreich, unterzeichnet wurde.

- Der am 2. April 2013 von der VN-Generalversammlung angenommene und in der Zwischenzeit bereits von mehr als 100 Staaten unterzeichnete Waffenhandelsvertrag wird erstmals Regeln und Standards für internationale Transfers konventioneller Waffen etablieren und damit zur Milderung menschlichen Leidens beitragen. Österreich trat getreu seinem traditionellen Engagement für die Stärkung des humanitären Völkerrechts für einen robusten Waffenhandelsvertrag ein. In den Verhandlungen setzte sich Österreich stark für die Berücksichtigung von Kriterien des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, einschließlich des Konzepts der geschlechtsspezifischen Gewalt, ein. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf Art. 6 (Verbote) und Art. 7 (Kriterien) des Waffenhandelsvertrags zu verweisen.
- Um die Übermittlung nationaler Daten in Bezug auf die VN-Indikatoren zur Umsetzung der Resolution 1325 wurde im Berichtszeitraum seitens der VN nicht ersucht.

2.2. Europäische Union

BMeiA:

- Österreich unterstützte die Umsetzung des Umfassenden Ansatzes der EU zur Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 durch Übermittlung von Informationen für den Entwurf des zweiten Berichts der EU zur Umsetzung der Indikatoren (Zeitraum Oktober 2010 – Dezember 2012).
- Österreich ist aktives Mitglied in der EU Task Force Gewalt gegen Frauen und der EU Task Force 1325, welche von der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte (COHOM) eingerichtet wurden, und nahm regelmäßig an deren Sitzungen in Brüssel teil. Die Sitzungen der EU Task Force 1325 im Jahr 2013 waren u.a. der Vorbereitung auf den zweiten Indikatoren-Bericht der EU zum Umfassenden Ansatz zur Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 gewidmet.
- Österreich setzte sich im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU dafür ein, dass bei den militärischen EU-Operationen, die primär das Training und die Ausbildung von Streitkräften zum Inhalt haben, auch Module zur Resolution 1325 in das Mandat der Operation und in die Ausbildungspläne einfließen.
- Österreich beteiligte sich aktiv an der Überarbeitung der Grundlagendokumente der EU zur Umsetzung von VN-Sicherheitsratsresolutionen im Bereich „Frauen, Frieden und Sicherheit“ im Kontext von GSVP-Missionen/Operationen, brachte sich laufend in die Debatte zum Thema Mainstreaming von Menschenrechten und Gender Equality in GSVP-Missionen, unter besonderer Berücksichtigung der Resolution 1325, ein und sprach das Thema bei der Diskussion von konkreten GSVP-Mandaten an.
- Österreich setzte sich aktiv für die Berücksichtigung des Gender–Aspekts in den Schlussfolgerungen des Rates „Die übergeordnete Agenda für den Zeitraum nach 2015“ vom 15. Juni 2013 ein, insbesondere für die Erwähnung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte.

- Im Rahmen der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014-2020 und insbes. der Verhandlungen zum Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften und Verfahren für die Anwendung der Instrumente der Union im Bereich des auswärtigen Handelns setzte sich Österreich aktiv für die Berücksichtigung von Gender Equality Zielen ein. Ebenso setzte sich Österreich im Zuge der Verhandlungen über den Entwurf der neuen Verordnung zum Stabilitätsinstrument aktiv für die Verankerung von Elementen ein, die die Umsetzung von Resolution 1325 fördern sollen.

2.3 OSZE

BMeiA:

- Österreich unterstützt weiterhin die Bestrebungen, die Anzahl der hauptamtlichen Gender Advisors an den Feldpräsenzen der Organisation (dzt. nur ein hauptamtlicher Gender Advisor, der bei der OSZE Mission im Kosovo tätig ist) zu erhöhen. Die Berücksichtigung der Zielsetzung von Resolution 1325 ist auch bei der finanziellen Unterstützung von OSZE-Projekten durch Österreich ein Anliegen.
- Beim OSZE-Ministerrat in Dublin im Dezember 2012 wurde eine gemeinsame Initiative von Österreich, Finnland und der Türkei zu einem OSZE-weiten Aktionsplan (WAP) zur Umsetzung von Resolution 1325 eingebracht. Der Entwurf des Aktionsplans sieht erstens das „Mainstreaming“ des Inhalts der Resolution in sämtliche relevante Arbeitsbereiche der OSZE und zweitens die Ausarbeitung von nationalen Aktionsplänen (NAPs) von teilnehmenden Staaten vor. Trotz breiter Unterstützung konnte aufgrund des Widerstandes von RF in Dublin kein Konsens erreicht werden.
- Im Juni 2013 hat Österreich, gemeinsam mit Finnland, Kasachstan und der Türkei, einen überarbeiteten Entwurf zirkuliert. Österreich unterstützt weiterhin die Bemühungen eine Verbesserung bei der Umsetzung von Resolution 1325 im Rahmen des OSZE Ministerrats in Kiew und danach unter dem OSZE Vorsitz der Schweiz im Jahr 2014 voranzutreiben
- Am 29. April 2013 präsentierte Österreich den überarbeiteten Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 im Rahmen einer Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation der OSZE.
- Im Rahmen der jährlichen OSZE-Konferenz mit den asiatischen Kooperationspartnern, die im März 2013 in Adelaide/Südaustralien stattfand und dem Thema „*Improving Security for Women and Girls*“ gewidmet war, präsentierte Gesandter-Botschaftsrat Mag. Thorsten Eisingerich (ÖB Canberra) den österreichischen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325.
- Teilnahme des österreichischen OSZE-Botschafters Dr. Christian Strohal an der Konferenz der mediterranen Kooperationspartner der OSZE vom 28.-29. Oktober 2013 in Monaco zum Thema „*Enhancing the role of women in public, political and economic life*“.

- Im Rahmen der von der OSZE und UN-WOMEN organisierten Konferenz „*Enhancing the Women, Peace and Security Agenda in the Euro-Atlantic and Eurasian Region*“ vom 11.-12. November 2013 in Almaty präsentierte der österreichische Botschafter in Kasachstan Dr. Wolfgang Banyai den österreichischen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325.

BMLVS/BMeiA:

- Im Rahmen des Informationsaustausches zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten hat Österreich im Jahr 2012 und 2013 am freiwilligen Informationsaustausch mit Teilnehmerstaaten der OSZE zur Umsetzung der Resolution 1325 teilgenommen.

2.4. NATO/EAPC/PIF

BMeiA/BMLVS:

- Beim NATO-Gipfel 2012 in Chicago beschloss die Allianz die Durchführung einer Überprüfung der praktischen Umsetzung von VN- SR Res. 1325 in NATO- geführten Operationen („Review“). Mit der Review wurde das *Nordic Centre for Gender in Military Operations* beauftragt. Die Review wurde ausschließlich aus freiwilligen Beiträgen von Alliierten und Partnern finanziert. Österreich unterstützte diese Review mit einem Beitrag von 30.000 Euro (BMeiA).
- Der Endbericht des *Nordic Centres* mit den Empfehlungen für die weitere Vorgehensweise wurde im Mai 2013 vorgelegt. Österreich brachte sich aktiv in die Verhandlungen des zuständigen Expertengremiums der NATO (*Operations Policy Committee*) ein, in dem der Endbericht der Review behandelt wurde und die politischen Leitlinien für die Umsetzung der Empfehlungen der Review festgelegt wurden. Die österreichischen Prioritäten konnten in diesen politischen Leitlinien weitgehend verankert werden. Diese betrafen insbesondere die Notwendigkeit von verpflichtendem und standardisiertem Pre-deployment Training betreffend Resolution. 1325, die Betonung der Bedeutung der Ausstattung der Gender Advisor Posten mit den notwendigen Ressourcen sowie die Notwendigkeit der regelmäßigen Berichterstattung zu Resolution 1325 vom Einsatzraum zu den politischen Entscheidungsträgern.
- Österreich brachte sich des Weiteren aktiv - im Rahmen der sog. *Steering Group zu 1325* - in die Diskussion zur Ausarbeitung des *Implementation Plans* der NATO Militärbehörden ein, der auf der Basis der oz. politischen Leitlinien erstellt wurde und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Review beinhaltet. Die oz. österreichischen Prioritäten konnten im Rahmen dieser informellen Diskussionen ebenfalls in den *Implementation Plan* eingearbeitet werden. Der *Implementation Plan* wurde schließlich am NATO-Verteidigungsministertreffen (im ISAF-Format) am 23. Oktober 2013 angenommen (und somit von Österreich mitbeschlossen) und die Review des *Nordic Centre* veröffentlicht.

- Im Anschluss an das Verteidigungsministertreffen am 23. Oktober 2013 unterzeichnete Österreich einen von Norwegen initiierten Brief an den NATO-GS mit, in der dieser aufgerufen wurde, die verschiedenen Politiken der NATO betreffend Resolution 1325 in eine neue straffere Form zu bringen, die die praktische Umsetzung erleichtere. Das Ziel besteht darin, einen solchen umfassenden Ansatz beim NATO- Gipfel im September 2014 anzunehmen.
- Des Weiteren hat sich Österreich aktiv in die Diskussionen bei verschiedenen NATO-Treffen mit hochrangigen VN-Vertretern zu Resolution 1325 und verwandten Themen eingebracht, wie beispielsweise das Treffen am 29. Mai 2013 mit der VN Sondergesandten für den Kampf gegen sexuelle Gewalt, Zainab Hawa Bangura.
- Im Mai 2012 wurde im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden das Partnerschaftsziel (PG) 4590 „*Gender Perspective*“ durch Österreich angenommen. Seit Annahme dieses Zieles bemüht sich Österreich die konkret formulierten Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1325 im Zuge von NATO-geführten Missionen und Operationen zu erreichen. Bis Oktober 2013 stellte Österreich zudem den Gender-Advisor bei der NATO-geführten Operation KFOR im Kosovo.

BMLVS:

- Österreich nimmt regelmäßig an den Sitzungen des NATO Komitees zu Gender-Perspektiven (NCGP) teil. Dieses seitens der NATO bestätigte ständige Gremium dient zur Beratung der Führung der Allianz und der Mitgliedsnationen in allen Fragen der Beschäftigung, Ausbildung und breiten Verwendung von Frauen in den Streitkräften. Im Rahmen der umfassenden Strategieentwicklung wurde auch die Umsetzung der Resolution 1325 als wesentliche Priorität definiert. Seitens des BMLVS wurde eine Teilnahme und aktive Mitarbeit im vorliegenden Beobachtungszeitraum sichergestellt.

2.5. Bilaterale Kontakte

BMeiA:

- Im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen setzten sich hochrangige österreichische VertreterInnen regelmäßig für die Partizipation von Frauen in Friedensprozessen ein. So traf etwa Vizekanzler und Außenminister Dr. Michael Spindelegger im Zuge seines Besuchs in Afghanistan am 15./16. Februar 2013 auch zu einem Gespräch mit der Vorsitzenden der afghanischen Menschenrechtskommission, Frau Dr. Sima Samar, zusammen.
- Die österreichischen Botschaften und Vertretungen setzten im Berichtszeitraum diverse Aktivitäten, einschließlich Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Frauenorganisationen, zur Förderung der Ziele von Resolution 1325. Eine beispielhafte Liste derartiger Aktivitäten, liegt diesem Bericht als Anhang 2 bei.

- Sondierungen für eine Zusammenarbeit mit Mosambik zur Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung von Resolution 1325 wurden fortgesetzt. Seitens Mosambik wurden jedoch nunmehr andere Zielsetzungen für die Zusammenarbeit in den Vordergrund gestellt, wonach eine Unterstützung prioritär für die Bemühungen der Regierung im Kampf gegen Gewalt an Frauen erwartet wird. Zur Umsetzung des österreichischen Angebots, Partnerländer im Sinne des anlässlich des 10. Jahrestags der Annahme von Resolution 1325 von Österreich abgegebenen Pledges bei der Ausarbeitung eigener nationaler Aktionspläne zu unterstützen, werden daher in enger Abstimmung mit UN Women Sondierungen mit anderen Ländern, zum Beispiel in der Balkanregion, fortgesetzt.

BMLVS:

- Seitens des BMLVS wird im Rahmen von militärdiplomatischen Konsultationen mittlerweile auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern in den Streitkräften thematisiert. Dabei werden auch die Umsetzung von Resolution 1325 und diesbezüglich erforderliche Umsetzungsaktivitäten mit bilateralen Partnern angesprochen.

3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

3.1. Unterstützung von Projekten und Programmen von regionalen und internationalen Organisationen

BMeiA:

- Finanzieller Beitrag zum Kernbudget von UN Women in der Höhe von EUR 292.000 (2013).
- Finanzieller Beitrag in der Höhe von je EUR 100.000 für den von UN Women verwalteten *UN Trust Fund to End Violence Against Women* (2013). Der Beitrag zum UN Trust Fund gilt auch als österreichischer Beitrag zu UNiTE – der systemweiten Kampagne von VN-GS Ban Ki-Moon zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.
- Freiwilliger Beitrag in Höhe von EUR 112.000 an UNDP für das Projekt „*Strengthening of the democratic process in Egypt*“ (Schwerpunkt: Förderung der Teilnahme der weiblichen Wähler).
- Freiwilliger Beitrag in Höhe von USD 30.000 für eine von UNESCO initiierte und vom *International News Safety Institute* (INSI) in Zusammenarbeit mit der *International Women’s Media Foundation* (IWMF) zu erstellende Studie zum Thema Gewalt gegen Journalistinnen.
- Finanzieller Beitrag in der Höhe von insgesamt 28.000 Euro für diverse Projekte der Gender Sektion im OSZE-Sekretariat (u.a. finanzielle Unterstützung für Publikation der Empfehlungen des TNTD/ODIHR Workshops „*Gender and Terrorism*“ und Unterstützung für „*Creating a Toolkit on Establishing Mentor/Mentee Networks in the OSCE region*“).
- Finanzieller Beitrag in Höhe von EUR 300.000 aus dem Auslandskatastrophenfonds für das von OCHA betreute Projekt „*Protection Standby Capacity Project*“ (ProCap), das auf die Stärkung des Schutzes von Binnenvertriebenen und anderen gefährdeten Personengruppen (Frauen, Kinder) in humanitären Krisensituationen abzielt und technische Expertise zur Stärkung der Kapazitäten humanitärer Organisationen beistellt.
- Das BMeiA engagierte sich im Berichtszeitraum international bei der Säuberung von Territorien, die mit Landminen oder Streumunition belastet sind, bei der Rehabilitation von Opfern dieser Waffen sowie bei Aufklärungsmaßnahmen zur Prävention von Unfällen. Insbesondere wurden Maßnahmen in Afghanistan, Albanien, Äthiopien, Kambodscha, Libanon und Libyen in einem Gesamtausmaß von rund EUR 0,7 Mio. finanziell unterstützt. Dabei wurde nach Möglichkeit darauf Bedacht genommen, dass im Rahmen der unterstützten Maßnahmen spezifische Bedürfnisse der zahlreichen weiblichen Opfer dieser Waffen berücksichtigt werden, wie dies u.a. in Art. 6.7 der Konvention über Streumunition gefordert wird.

3.2. Unterstützung von Projekten und Programmen in fragilen Staaten, Konflikt- und Postkonfliktsituationen

ADA:

Partizipation:

- **Finanzierung des Rahmenprogramms CARE Österreich zur Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen:** „Rechte fordern – Gleichstellung fördern: Frauenermächtigung und männliches Engagement für Transformation der Genderrollen in post-konflikt und von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Regionen (Äthiopien, Nepal, Uganda). Die drei länderübergreifenden Resultatebenen sind: (1) Auf der individuellen Ebene (AGENCY): Frauen haben gleichgestellten Zugang und Kontrolle über Produktionsmittel um ihre Existenz zu sichern. (2) Auf gesellschaftlicher Ebene (RELATIONS): Transformation von sozio-kulturellen Normen, Beziehungen und Verhalten von Frauen, Männern, Mädchen und Burschen für Geschlechtergleichstellung. (3) Bedeutungsvolle Repräsentation und Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen. In Nepal und Uganda wird die erfolgreiche Arbeit zur Frauenermächtigung in post-konflikt Gebieten zur Implementierung von UNSCR 1325&1820 in einem holistischen Ansatz weitergeführt. Unterstützung in Höhe von EUR 2.500.000 (2013- 2015).
- **Gender Capital for Peace Recovery and Development Plan (PRDP) Implementation in Northern Uganda:** Unterstützung der lokalen Bevölkerung für eine stärkere gendergerechte Einbindung in die lokale Politik und Verwaltung in Norduganda als wesentlicher Beitrag zur Umsetzung des Friedens-, Wiederaufbau- und Entwicklungsplans für Norduganda. Das Projekt wendet sich gezielt an Frauen, die als gewählte Vertreterinnen oder als technische Fachkräfte die lokale Politik und Verwaltung von vier Distrikten in Norduganda gendergerecht mitgestalten möchten. Das Projekt ist ein wichtiger Beitrag zu Resolution 1325 und Folgeresolutionen sowie auch zur Erreichung des Millennium Entwicklungsziels 3 „Gender Equality and Women Empowerment“. Höhe: EUR 299.308 (Zweite Projektphase: 2012 - 2014; Projektpartner: Uganda Women’s Network).
- **Förderung und Unterstützung des Women, Gender and Development Direktorates der Kommission der Afrikanischen Union** in ihren Bestrebungen die Resolution 1325 und Folgeresolutionen umzusetzen. Damit unterstützt die OEZA sowohl die Strategie als auch den Aktionsplan der Kommission der Afrikanischen Union zur Geschlechtergleichstellung mit einem besonderen Augenmerk auf die Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen. Unterstützung in Höhe von: EUR 200.000 (2012-2014)
- Im Rahmen eines Vorhabens zur **Stärkung der Konfliktpräventionspolitik** der ECOWAS unterstützt WANEP (West Africa Network for Peacebuilding) u.a. Mitgliedsstaaten der ECOWAS in

der Ausarbeitung eines eigenen NAP 1325 und stärkt durch Trainings und mit eigens dafür entwickelten Unterlagen die Rolle der Frauen in der Friedensprozessen (Mediation, Dialog, Wahlmanagement...) Höhe der Unterstützung: EUR 500.000 (2013 -2015)

- **Stärkung der Frauen zur Friedensförderung im Südkaukasus: Länderübergreifendes Vorhaben mit Partnern in Georgien, Armenien und Aserbaidschan** zur Stärkung der Rolle der Frauen in Friedensprozessen im Südkaukasus im Sinne der in der Resolution 1325 vereinbarten Ziele. Das Projektziel ist es, Partner-NGOs im Südkaukasus zu unterstützen, damit diese marginalisierten Frauen aus konfliktbetroffenen Gemeinschaften zu ihren Rechten verhelfen und die Frauen in Folge aktiv an Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Zielgruppen sind sechs zivilgesellschaftliche Organisationen (CBOs) der Region. Zirka 35.200 Frauen und Männer aus marginalisierten bzw. konfliktbetroffenen Zielgemeinschaften werden gefördert in Höhe von EUR 198.000 € (Kofinanzierung mit CARE; 2010-2013), wobei Männer strategisch einbezogen werden, um künftig verstärkt für Frauenrechte einzutreten.
- **Unterstützung bei der Implementierung des Gender Action Plans in Bosnien und Herzegowina**, einer 5-Jahres-Strategie zum Gender-Mainstreaming in 15 verschiedenen Bereichen u.a. mit dem Ziel der Förderung von Frauen in politischen Positionen auf allen Ebenen. Die folgenden Ergebnisse (1) mehr Frauen in der Politik und in stärkeren Positionen, (2) verbesserte wirtschaftliche Lage mit Schwerpunkt Zugang zum Arbeitsmarkt und (3) verbesserte soziale Stellung von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen mit Schwerpunkt auf verminderte Gewalt, der sozialen und kulturellen Rollen von Männern und Frauen, Bildung und Gesundheit werden verfolgt in Höhe von EUR 1.000.000 (2009-2014).
- **Förderung von AktivistInnen für einen gerechten Frieden und Geschlechtergerechtigkeit in den palästinensischen Gebieten.** Ziel des Projekts ist es zu besseren Voraussetzungen für einen fairen und nachhaltigen Friedensprozess beizutragen, indem der soziale und politische Einfluss der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, in den palästinensischen Gebieten gestärkt wird. Höhe der Unterstützung: EUR 167.300 (2013-2015).

Prävention:

- Im Rahmen eines Konfliktpräventionsprogramms in Westafrika zur Förderung und Anpassung von Frühwarnsystemen auf nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene wurden Unterlagen für koordinierte Early Response Aktionen von **WANEP** (West Africa Network for Peacebuilding) entwickelt, wie z.B. eine Anleitung und ein **Trainingsmanual zu Konfliktmanagement bei Wahlen**. Ein Modul ist der **Rolle von Frauen in Wahlprozessen** gewidmet. In Höhe von EUR 218.750 (2011-2013).

Schutz, Sicherheit und Menschenrechte:

- Finanzierung des **Rahmenprogramms CARE Österreich zur Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen**: „Rechte fordern – Gleichstellung fördern: Frauenermächtigung und männliches Engagement für Transformation der Genderrollen in post-konflikt und chronisch von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Regionen (Äthiopien, Nepal, Uganda) Förderung und Unterstützung für eine stärkere Einbindung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen in Höhe von EUR 2.500.000 (siehe oben)
- **Beitrag zum Strategischen Investment Plan (SIP) III des Justice, Law and Order Sector in Uganda**: Das Ziel des SIP III ist es die Rechtsstaatlichkeit zu fördern und die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Justizsystem zu verbessern. Im Detail werden (1) policy und legislative Massnahmen gefördert, (2) der Zugang zu Dienstleistungen für besonders vulnerable Gruppen unterstützt und (3) die Beachtung und Verwirklichung der Menschenrechte sowie der Rechenschaftspflicht gefördert. Der SIP III beinhaltet Geschlechtergerechtigkeit, Gerechtigkeit für Kinder, Übergangsjustiz und HIV/AIDS als Schwerpunkte in Höhe von EUR 6.000.000 (2012-2015).
- Unterstützung des Prozesses einer inklusiven und partizipativen **Übergangsgerichtsbarkeit (transitional justice) in Uganda** mit besonderem Augenmerk auf Genderthemen und insbesondere der Resolution 1325 (Berücksichtigung der Partizipation und Repräsentation marginalisierter Gruppen, Frauen, Kinder in Transitional Justice Mechanismen). In Höhe von EUR 299.880 (2011-2012)
- Die OEZA trägt in **Uganda** neben 7 weiteren europäischen Gebern zur **Democratic Governance Facility (DGF)** bei, die durch eine koordinierte Unterstützung nichtstaatlicher und staatlicher ugandischer Akteure die Stärkung der Demokratie zum Ziel hat. Die DGF unterstützt u.a. Projekte zur Umsetzung der UNSCR 1325 und Folgeresolutionen, wie zB. die Erstellung und Verbreitung eines Monitoring Plans zu Ugandas Nationalem Aktionsplan zu UNSCR 1325 durch das Centre for Women in Governance. In Höhe von EUR 1.700.000 (2011-2016).

Anhang 1: Presseaussendungen des BMeiA

25.11.2012: **Spindelegger: "Gemeinsame Anstrengungen zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen intensivieren"** – Utl. Vizekanzler Spindelegger zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

8.3.2013: **Spindelegger: „Stärkung der Frauenrechte ist Anliegen der österreichischen Außen- und Entwicklungspolitik“** – Utl. Außenminister zum Internationalen Frauentag

27.6.2013: **Spindelegger: „Zivilgesellschaft ist wichtiger Partner für besseren Menschenrechtsschutz“** – Utl. Spindelegger eröffnet internationale Konferenz „Vienna+20: Advancing the Protection of Human Rights“ am 27./28. Juni 2013 in der Wiener Hofburg

28.6.2013: **Kyrle: „Wir müssen uns gemeinsam für die vollständige Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen“** – Utl. Die Konferenz „Vienna+20“ endet mit handlungsorientierten Empfehlungen für einen besseren Menschenrechtsschutz weltweit

Anhang 2: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste

ÖB Addis Abeba:

Die österreichische Botschafterin in Addis Abeba, Dr. Gudrun Graf, nahm am 15.11. 2012 an einem Treffen mit Vertreterinnen der G 40 („*Regional Alliance of women leaders from diverse professions from across the Horn of Africa*“) teil, deren Arbeit u.a. zu mehr (an Geschlechtergleichheit orientierten) Frieden und Sicherheit beitragen soll. Im Rahmen dieses Treffens berichtete Botschafterin Dr. Graf über die bisherige Lobbying-Arbeit der bei der AU akkreditierten Botschafterinnen (insbesondere die vergangenen Missionen in den Sudan und den Südsudan, nach Somalia sowie in Äthiopien).

Botschafterin Dr. Gudrun Graf organisierte im Vorfeld des Weltfrauentags 2013 ein Treffen der Gruppe der Female Ambassadors mit Africa UNiTE Campaign Managerin Jennet Kem in der österreichischen Residenz. Kem sprach über die afrikaspezifischen Aspekte der weltweiten Kampagne zur Vermeidung von und zur Reaktion auf Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Auf Initiative von Botschafterin Dr. Gudrun Graf wurde ein Gastkommentar gemeinsam mit weiteren weiblichen Botschafterinnen unter dem Titel „*Holding up one half of the sky*“ lanciert, welcher am Weltfrauentag 2013 in englischsprachigen Printmedien in Äthiopien publiziert und auch von amharischsprachigen Zeitungen aufgenommen wurde.

Im August 2013 unterstützte die Botschaft Addis Abeba im Rahmen der Nord-Süd Botschaftsprojekte ein Projekt der in Juba ansässigen Organisation der *Southern Sudanese Women Entrepreneur Association* (SSWEA) mit einer Gesamtsumme von EUR 5300,-. SSWEA ist eine aus südsudanesischen Unternehmerinnen zusammengesetzte und seit März 2011 operative NGO, welche Frauen im Südsudan nach dem Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ dabei unterstützt, ihr eigenes Kleinunternehmen zu gründen. SSWEA sieht Frauen als Motor für den Aufbau und den Entwicklungsprozess im jungen Staat Südsudan an.

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung des Menschenrechts-Seminars „*Legal and Human Rights Academy Programs II*“ am Menschenrechtszentrum der Addis Abeba Universität (in Kooperation mit der Universität Graz) vom 23. September bis 2. Oktober 2013 hielt Botschafterin Dr. Graf eine Rede vor den SeminarteilnehmerInnen, welche u.a. die Themen Frauenrechte, den Schutz von Frauen in Konfliktsituationen sowie Repräsentation von Frauen in der Politik in Afrika aufgriff.

ÖB Algier: Die österreichische Botschafterin in Algier, Dr. Aloisia Wörgetter, organisierte über das Jahr 2013 ein der Öffentlichkeit zugängliches *Café littéraire*, in dem ausschließlich zeitgenössische algerische AutorInnen zu Wort kamen. In der Mehrzahl wurden Werke diskutiert, die sich mit Frauenschicksalen während des „schwarzen Jahrzehnts“, den algerischen Terrorjahren 1992-2002, beschäftigen.

Im Mai 2013 organisierte die ÖB Algier einen psychologischen Workshop zum Thema „Verarbeitung von Trauma“ in Kooperation mit dem psycho-sozialen Zentrum in Bentelha/Algier, das vorrangig Frauen und Kinder nach den Ereignissen von 1997 betreut.

ÖB Amman: Laufender Kontakt der österreichischen Botschafterin in Amman, Dr. Astrid Harz, mit jordanischen Frauen(rechts)organisationen, AktivistInnen und VertreterInnen von Establishment und Zivilgesellschaft mit dem Ziel, einen Beitrag zur Stärkung der Frauen und ihrer Rechte zu leisten sowie regelmäßige Vorträge und Beiträge zu Diskussionsveranstaltungen an Universitäten und Schulen. Systematische Thematisierung des Problems der Gewalt gegen und Missbrauch von Frauen und jungen Mädchen unter den syrischen Flüchtlingen, u.a. auch im Kontakt mit jordanischen Medien.

ÖB Beirut: Am 21. März 2013 lud die österreichische Botschafterin in Beirut, Dr. Ursula Fahringer, zu einem Mittagessen der weiblichen Missionschefs in Beirut in die österreichische Residenz, bei dem die neue Präsidentin des Libanesischen Roten Kreuzes, Suzanne Younes Oueiss, als Gastrednerin fungierte. Dies erfolgte im Rahmen einer Initiative der in Beirut residenten 17 Missionschefinnen, die in regelmäßigen Abständen hochrangige Libanesinnen als Ehrengäste einladen.

ÖB Dakar:

Der österreichische Botschafter in Dakar, Dr. Gerhard Deiss, hielt am 15. April 2013 eine Rede im Rahmen des «*Atelier de Renforcement des capacités locales dans le domaine de la prévention de conflits et construction de la paix dans les zones frontalières de Sénégal méridionale*» in Kooperation mit der ADA und ENDA-DIAPOL. Die Zielsetzungen des Seminars kamen zu einem großen Teil Frauen und Kindern zugute.

Im Rahmen eines Nord-Süd Botschaftsprojekts zugunsten der «*Association régionale des conseillères de Tambacounda*» organisierte die ÖB Dakar im zweiten Halbjahr 2013 ein Seminar zur Vulgarisierung des Gesetzes über die Parität und Gender Budgeting.

ÖB Jakarta: Vom 24.-27. September 2013 fand das vierte interkulturelle Dialogtreffen zwischen Österreich und Indonesien auf Bali statt. Schwerpunkt dieses Treffens war die Rolle der Frauen in Gesellschaft und Religion. Die Diskussionen mit VertreterInnen der indones. Zivilgesellschaft (beispielsweise der Vorsitzende der Nationalen Kommission zu Gewalt gegen Frauen) standen im Zeichen von Frauenrechten und Chancengleichheit. Dabei wurden Verbesserungen und nach wie vor bestehende Benachteiligungen für Frauen in Indonesien seit dem Beginn des demokratischen Reformprozesses im Jahr 1998 beleuchtet.

ÖB Kairo: Die österreichische Botschaft in Kairo initiierte im März 2013 in Koordination mit den Botschaften von Kroatien und Slowenien einen Gastkommentar der EU-Missionschefs zu Thema Frauenrechte. Die ÖB nimmt im Rahmen der EU-Koordination regelmäßig an Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen einschl. Frauenorganisationen teil. Das Thema der Frauenrechte bildet einen

wichtigen Bestandteil der laufenden Arbeit im Rahmen der EU-Koordination, die u.a. auch eine Aufarbeitung der schwerwiegenden MR-Fälle im Rahmen einer Fall-Database beinhaltet.

ÖB New Delhi:

Die österreichische Botschaft in New Delhi veranstaltete am 21. Februar 2013 ein Arbeitstreffen mit Vertreterinnen ausgewählter indischer Frauenrechtsorganisationen sowie der Regionaldirektorin von UNWOMEN in New Delhi, u.a. zum Thema Gewalt gegen Frauen in Indiens Städten sowie in den verschiedenen Konfliktgebieten Indiens (u.a. Kaschmir, Nordosten, Naxalitengebiete).

Weiters initiierte die österreichische Botschaft New Delhi im Rahmen der EU-Missionschefs in Delhi einen Gastkommentar zum Thema „Frauenrechte“, der am 12. März 2013 in der englischsprachigen Qualitätstageszeitung *The Indian Express* veröffentlicht wurde

Die ÖB New Delhi finanziert seit Juli 2013 bzw. Oktober 2013 zwei Nord-Süd Botschaftsprojekte in Sri Lanka in Höhe von je 4.000 Euro, die die Unterstützung von weiblichen Opfern von Gewalt durch Theaterworkshops und Theateraufführungen unter aktiver Einbindung der Opfer zum Ziel haben. Damit soll auch das Bewusstsein zum Problem der Gewalt gegen Frauen auf lokaler Ebene im dem vom jahrzehntelangen Bürgerkrieg gezeichneten Norden Sri Lankas gestärkt werden.

ÖB Paris:

Die österreichische Botschafterin in Paris, Dr. Ursula Plassnik, nahm an dem von der französischen Ministerin für Frankophonie, Yamina Benguigui, und der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) organisierten 1. Weltforum der frankophonen Frauen am 20. März 2013 in Paris teil. Über 700 vorwiegend weibliche Teilnehmerinnen trafen in Paris zusammen, um über ihren Kampf gegen Gewalt, Ungleichberechtigung und den Beitrag der Frauen in Gesellschaft und Demokratie Zeugnis abzulegen. Österreich ist seit 2004 Beobachterstaat bei der OIF.

Auf Initiative der französischen Frauenministerin Najat Vallaud-Belkacem fand von 11.-12. September 2013 in Paris die 3. Konferenz der Union für den Mittelmeerraum (UfM) zur Stärkung der Rolle der Frauen in der Gesellschaft statt. An der Konferenz nahmen von den 44 UfM-Mitgliedsstaaten 24 auf Ministerebene teil. Botschafterin Dr. Ursula Plassnik leitete die österreichische Delegation i.V. von Frau Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek.

Auf Einladung der Südtiroler Volkspartei-Frauen hielt Botschafterin Dr. Ursula Plassnik am 26. September 2013 im Rahmen eines Fortbildungsprogrammes für weibliche Politikerinnen in Bozen einen Vortrag zum Thema „Frauen in Führungspositionen – die Mutmacherinnen!“

Im Rahmen einer eigenen Veranstaltungsreihe lud die ÖB Paris prominente frz. Führungspersonlichkeiten in internationalen Organisationen oder wichtigen nationalen Funktionen als Gesprächspartner für die EU-Botschafter ein. Dabei

bemühte sich die Botschaft gezielt, Frauen als Vortragende zu gewinnen. Im Berichtszeitraum referierten: die Chefökonomin des frz. Finanzministeriums Claire Waysand, Interpol-Präsidentin Mireille Ballestrazzi, ARTE-Chefin Veronique Cayla und die EP-Abgeordnete Sylvie Goulard.

ÖB Peking: Die österreichische Botschafterin in Peking, Dr. Irene Giner-Reichl, initiierte zum Weltfrauen-Tag 2013 einen Gastkommentar gemeinsam mit weiteren weiblichen Botschaftern in Peking, der in 7 chinesischen Medien veröffentlicht wurde und unter anderem die Anliegen der Resolution 1325 behandelt (Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten, Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen und beim Wiederaufbau). Darüber hinaus wirkte die ÖB Peking im Rahmen der EU-Aktivitäten in China, insbesondere im Bereich Menschenrechten, laufend darauf hin, dass Frauenrechten generell mehr Bedeutung beigemessen wird.

ÖB Rabat: Im Oktober 2013 besuchte eine 40-köpfige Delegation österr. Richter und Staatsanwälte Marokko, um sich mit dem marokkanischen Justizsystem und der aktuell im Laufen befindlichen umfassenden Justizreform vertraut zu machen. Die Fachgespräche wurden von der Botschaft im Wege über das marokkanische Außenministerium organisiert, darunter auch ein Gespräch mit Familien- und Sozialministerin Bassima Hakkaoui. Über Anregung der Botschaft präsentierten Vertreterinnen der österr. Delegation kurze Darstellungen der österr. Erfahrungen mit Obsorgeregelungen und Mediation zur Beilegung von Streitigkeiten in Familienangelegenheiten. Das Gespräch mit Ministerin Hakkaoui konzentrierte sich auf das Thema Gewaltbewältigung und vorbeugende Maßnahmen, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion eines in Ausarbeitung befindlichen marokkanischen Gesetzes, das Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen zum Gegenstand hat.

ÖB Santiago: Treffen und Informationsaustausch im EU-Rahmen mit diversen Vertretern der Zivilgesellschaft und Frauenrechtsorganisationen im Rahmen der EU-Vorbereitung des EU-MR-Dialoges mit Chile.

ÖB Sarajewo: Die ÖB Sarajewo pflegte den Austausch mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft sowie staatlicher Einrichtungen zu den Zielen der Resolution 1325 u.a. durch die Teilnahme der Botschaft an einem Runden Tisch, welcher seitens des Fonds für die Implementierung des Gender Aktionsplans, der NATO und den BuH-Streitkräften am 8. März 2013 im BuH-Parlament veranstaltet wurde.

ÖB Warschau: Im Vorfeld des Internationalen Tages der Demokratie organisierte die ÖB Warschau am 10. September 2013 eine Podiumsdiskussion in Kooperation mit der *Community of Democracies* und den *Women Diplomats of Warsaw* zum Thema *‘Women’s Role in Transitional and Democratization Processes’* mit Botschafterin Maria Leissner, Generalsekretärin der *Community of Democracies*, Dorota Mitrus von der polnischen NGO *‘The European Institute for Democracy’* sowie Katarzyna Pisarska, Direktorin der Europäischen Diplomatischen Akademie Warschau. Ort: Sekretariat der *Community of Democracies*, Warschau.